

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Tabellenverzeichnis	23
Abbildungsverzeichnis	25
Allgemeines Literaturverzeichnis	27
Abkürzungsverzeichnis	29
I. Pensionszusagen an GmbH-Geschäftsführer – Aktueller Beratungsbedarf	33
1. Steuersparmodell am Scheideweg	33
2. Verkomplizierung der rechtlichen Rahmenbedingungen	34
3. Sinkende Steuerentlastung	39
4. Steigende Lebenserwartung	40
5. Sinkende Kapitalerträge	45
5.1 Erhöhung des Kapitalbedarfs	48
6. Bewertung der Pensionsverpflichtung	49
6.1 Ertragsteuerliche Unterbewertung der Pensionsverpflichtung	49
6.1.1 Mangelnde Berücksichtigung des Langlebkeitsrisikos	49
6.1.2 Unzutreffender Ansatz des Rechnungszinses	50
6.1.3 Kritik des IDW	50
6.2 Veränderte handelsrechtliche Bewertung	51
6.2.1 Bewertungspraxis vor BilMoG	51
6.2.2 Bewertungspraxis nach BilMoG	52
6.3 Wiederbeschaffungswert	53
6.4 Finanzmathematische Bewertung	54
6.5 Vergleich der Bewertungsverfahren	56
7. Rückdeckungsversicherung und Kapitalmarkt	58
8. Die Geschäftsführerversorgung in der betrieblichen Praxis	61
8.1 Vertragsgestaltung	62
8.2 Durchschnittliche Höhe der Versorgungsleistungen	63
8.3 Finanzierung und Rückdeckungsquoten	65
8.4 Rentenfinanzierungsdauer	66
8.5 Fiktive Kapitalertragsanalyse	68
8.6 Insolvenzversicherung	69

8.6.1	Gesetzlicher Insolvenzschutz	70
8.6.2	Zivilrechtlicher Insolvenzschutz	71
9.	Zusammenfassung	72
II.	Betriebliche Altersversorgung und Rechtsberatung	73
1.	Beratungsfälle betriebliche Altersversorgung	73
2.	Der Beratungsmarkt der betrieblichen Altersversorgung	74
3.	Exemplarischer Beispielfall zur unerlaubten Rechtsberatung	75
4.	Gutachten zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) schafft Klarheit	77
4.1	Grundsatz: Erfordernis einer rechtlichen Erlaubnis gemäß § 3 RDG	79
4.2	Erbringung von Rechtsdienstleistungen durch zugelassene/registrierte Gesellschaften	79
4.3	Der Begriff der Rechtsdienstleistung gemäß § 2 RDG	80
4.4	Rechtsdienstleistungen im Zusammenhang mit einer anderen Tätigkeit gemäß § 5 RDG	81
5.	Folgen einer unerlaubten Rechtsberatung	82
6.	Kooperationsmodell des BRBZ	84
7.	Zusammenfassung	85
III.	Verfahren zur Restrukturierung von Pensionszusagen – Heilung rechtlicher und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen	86
1.	Strukturierter Prozess zur Restrukturierung	86
1.1	Prozessziele	86
1.2	Prozessaufbau	87
2.	Abschnitt 1: Gutachten zur Pensionszusage	88
2.1	Aufbau und Inhalt des Gutachtens	89
2.2	Anwendung des Gutachtens	90
3.	Abschnitt 2: Restrukturierung	90
3.1	Individuelle Umstände des Einzelfalles	90
3.2	Gestaltungsmöglichkeiten	91
3.2.1	Lösungen im Betriebsvermögen der GmbH	92
3.2.2	Auslagerungs-/Übertragungs-Modelle mit Bilanzbereinigung	96
3.2.3	Sonderformen der Gestaltung	97
3.3	Umsetzung und fortlaufende Pflege	98
IV.	Reduzierung der Pensionsverpflichtung – Anpassung, Herabsetzung, Widerruf, Verzicht	100
1.	Plausibler Lösungsansatz mit Tücken	100

2.	Rechtsfolgen eines gesellschaftlich veranlassten Verzichts	102
2.1	Auswirkungen beim Gesellschafter-Geschäftsführer	103
2.1.1	Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	103
2.1.2	Nachträgliche Anschaffungskosten	104
2.2	Auswirkungen bei der GmbH	104
2.2.1	Gewinnerhöhende Auflösung der Rückstellung	104
2.2.2	Steuerlicher Aufwand durch verdeckte Einlage	105
3.	Rechtsfolgen eines Verzichts bei betrieblicher Veranlassung	106
4.	Unterschiedliche Rechtsbegründungsakte	107
4.1	Einvernehmliche Herabsetzung	107
4.2	Einseitiger Widerruf	107
4.3	Verzicht	107
5.	Betriebliche Veranlassung eines Verzichts	108
5.1	Erste Ausnahmeregel zur betrieblichen Veranlassung: Überschuldung im Sinne der InsO	110
5.1.1	Unterdeckung durch unzureichende Rückdeckungsversicherung	111
5.1.2	Überschuldung im Sinne der InsO	112
5.1.3	Ansatz der Pensionsverpflichtung in der Überschuldungsbilanz	113
5.1.4	Rangrücktritt und Gesellschafterdarlehen	117
5.1.5	Durchführung einer Anpassung nach der ersten Ausnahmeregel	119
5.2	Zweite Ausnahmeregel zur betrieblichen Veranlassung: Drohende Überschuldung	120
5.2.1	Arbeitsrechtliche Zulässigkeit	121
5.2.2	Widerruf wegen wirtschaftlicher Notlage	123
5.2.3	Treuepflicht des Geschäftsführers	125
5.2.4	Durchführung einer Anpassung nach der zweiten Ausnahmeregel	125
6.	Gesellschaftliche Veranlassung eines Verzichts	126
6.1	Fremdvergleich	126
7.	Einlagefähiger Vermögensvorteil als Voraussetzung einer verdeckten Einlage	127
8.	Past Service-Methode	132
8.1	Umsetzung einer Anpassung nach der Past Service-Methode	139
8.2.	Zutreffende Auffassung der OFD Hannover (Vfg. vom 11. 8. 2009)	139
8.2.1	Stellungnahme des Autors zu den dargestellten Rechtsfolgen	140
8.3.	Irrige Auffassung des FinMin NRW (Erlass vom 17. 12. 2009)	142
8.3.1	Stellungnahme des Autors zu den dargestellten Rechtsfolgen	143
8.3.1.1	Auswirkungen auf die Pensionsrückstellung	143
8.3.1.2	Entstehen einer verdeckten Einlage	144
9.	Verzicht gegen Besserungsschein	153

10.	Steuerunschädliche Widerrufsvorbehalte	154
11.	Der erste praktische Fall	155
11.1	Welche Folgen würden sich bei einem pauschalen Verzicht ergeben?	156
11.2	Kann eine Herabsetzung ohne negative steuerliche Folgen vorgenommen werden?	157
12.	Der zweite praktische Fall	158
12.1	In welchem Umfang kann CC auf die Pensionszusage wegen der Überschuldung verzichten?	158
12.2	Welche steuerlichen Folgen ergeben sich im Falle eines überschuldungsbedingten Verzichts?	160
13.	Zusammenfassung	161
V.	Begrenzung der typischen Pensionsrisiken – Entlastung der GmbH bei unmittelbarer Durchführung	162
1.	Typische Risiken der reinen Leistungszusage	162
1.1	Das Kostenrisiko	163
1.2	Das Langlebigkeitsrisiko	163
1.3	Das Kapitalanlagerisiko	163
1.4	Entlastung des Trägerunternehmens	163
2.	Die Kapitalzusage	165
2.1	Die Kapitalzusage als betriebliche Altersversorgung	165
2.2	Umgestaltung einer Rentenzusage in eine Kapitalzusage	166
2.3	Wahlweise Kapitalzusage	167
2.3.1	Nachträgliche Einführung des Kapitalwahlrechts	169
2.3.2	Ausübung des Kapitalwahlrechts	171
2.4	Tarifermäßigung nach § 34 Abs. 1 EStG	172
2.5	Die Kapitalzusage mit Ratenzahlung	173
2.5.1	Vererblichkeit in der Ratenzahlungsphase	175
2.5.2	Bilanzierung der Verpflichtung in der Ratenzahlungsphase	176
3.	Die beitragsorientierte Leistungszusage	178
3.1	Die beitragsorientierte Leistungszusage als betriebliche Altersversorgung	178
3.2	Risikobegrenzung bei der beitragsorientierten Leistungszusage	178
3.2.1	Rückgedeckte beitragsorientierte Leistungszusage	179
3.2.2	Beitragsorientierte Leistungszusage und Asset Funding	181
3.3	Umgestaltung einer Rentenzusage in eine beitragsorientierte Leistungszusage	182
4.	Zusammenfassung	182

VI.	Übertragungsmöglichkeiten – Arbeitsrechtliche Aspekte und Schuldbefreiung	183
1.	Motive für die Auslagerung der Pensionsverpflichtung	183
2.	Arbeitsrechtliche Statusfeststellung	184
2.1	Nur ein Geschäftsführer mit Beteiligung	185
2.2	Mehrere Geschäftsführer mit Beteiligung am Kapital	185
3.	Schuldbefreiende Übertragung	186
3.1	Nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer, Fremdgeschäftsführer	186
3.1.1	Übertragungsberechtigung gem. § 4 Abs. 2 BetrAVG (Einvernehmliche Übertragung)	187
3.1.2	Übertragungsanspruch gem. § 4 Abs. 3 BetrAVG	188
3.1.3	Übertragung im Falle einer Liquidation gem. § 4 Abs. 4 BetrAVG	189
3.1.4	Wechsel des Durchführungswegs	189
3.2	Beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer	189
3.2.1	Schuldbefreiende Übertragung auf eine Unterstützungskasse	190
3.2.2	Problematik eines Widerrufs	191
4.	Lösungsmöglichkeiten und deren Kombinationen	191
4.1	Teilweise Auslagerung/Übertragung	192
4.2	Vollständige Auslagerung/Übertragung	192
5.	Der erste praktische Fall	193
6.	Der zweite praktische Fall	193
7.	Zusammenfassung	194
VII.	Übertragung auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse – Versorgungsträger mit Tradition	195
1.	Wesen einer Unterstützungskasse	195
2.	Pauschal dotierte (polsterfinanzierte) Unterstützungskasse	196
3.	Rückgedeckte Unterstützungskasse	197
3.1	Steuerlich abzugsfähige Zuwendungen	197
3.2	Zulässiges und tatsächliches Kassenvermögen	198
3.2.1	Zulässiges Kassenvermögen	199
3.2.2	Tatsächliches Kassenvermögen	199
3.3	Markt der rückgedeckten Unterstützungskassen	199
4.	Geschäftsführerversorgung über eine rückgedeckte Unterstützungskasse	200
5.	Auslagerungsmöglichkeiten auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse	201

5.1	Auslagerung von Leistungsanwärtern	202
5.2	Auslagerung von Leistungsempfängern	203
6.	Bilanzielle Behandlung	204
6.1	Handelsbilanz	205
6.2	Steuerbilanz	206
6.3	Internationale Bilanzierung	206
7.	Pauschal dotierte vs. rückgedeckte Unterstützungskasse	207
8.	Der praktische Fall	208
8.1	Welche Folgen ergeben sich bei einer Auslagerung der Versorgungsanwartschaft auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse im Betriebsvermögen der GmbH?	209
8.1.1	Vollständige Auslagerung	209
8.1.2	Teilweise Auslagerung	210
8.2	Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	213
9.	Zusammenfassung	213
VIII.	Übertragung auf einen Pensionsfonds – Externe Durchführung mit hoher Flexibilität	215
1.	Wesen eines Pensionsfonds	215
1.1	Liberaler Kapitalanlage	216
1.2	Garantiebegrenzung	217
2.	Geschäftsführerversorgung über einen Pensionsfonds	217
3.	Pensionsplan und Vertragsgestaltung	218
4.	Versicherungsförmige (schuldbefreiende) Übertragung	222
5.	Kapitalmarktorientierte (liquiditätsschonende) Übertragung	223
5.1	Externes Asset Funding	224
5.2	Vorsichtig zu kalkulierender Rechnungszins	225
5.3	Biometrische Rechnungsgrundlagen nach bestem Schätzwert	227
5.3.1	DAV- oder eigene Pensionsfonds-Sterbetafel	228
5.3.2	Heubeck-Sterbetafel 2005 G	228
5.4	Liquiditätsschonende Übertragung mittels Finanzierungsoption	228
5.5	Nachschussverpflichtung des Arbeitgebers	230
5.5.1	Anwartschaftsphase	230
5.5.2	Übergang in die Leistungsphase	231
5.5.3	Leistungsphase	232
6.	EU-Pensionsfondsrichtlinie	233

7.	Steuerrechtliche Rahmenbedingungen der Übertragung auf einen Pensionsfonds	235
7.1	Steuerneutrale Übertragung nach § 4e Abs. 3 EStG	235
7.2	Die Inhalte des BMF-Schreibens v. 26. 10. 2006	238
7.2.1	Leistungsempfänger und unverfallbar Ausgeschiedene	238
7.2.2	Leistungsanwärter	238
7.3	Stellungnahme des BMF	242
7.4	Verteilung von Nachbeiträgen und Nachschusszahlungen	243
8.	Bilanzielle Behandlung	245
8.1	Handelsbilanz	245
8.2	Steuerbilanz	246
8.3	Internationale Bilanzierung	247
9.	Der praktische Fall	248
9.1	Welche Folgen ergeben sich bei einer versicherungsförmigen Auslagerung auf einen Pensionsfonds?	248
9.1.1	Übertragung auf einen in Deutschland ansässigen Pensionsfonds	250
9.1.2	Übertragung auf einen in Liechtenstein ansässigen Pensionsfonds	251
9.2	Welche Folgen ergeben sich bei einer kapitalmarktorientierten Auslagerung auf einen Pensionsfonds?	252
9.3	Welche Folgen ergeben sich bei einer kapitalmarktorientierten Auslagerung unter Nutzung der Finanzierungsoption?	253
9.4	Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	255
10.	Zusammenfassung	255
IX.	Kombinierte Übertragung auf einen Pensionsfonds und eine rückgedeckte Unterstützungskasse – Vollständige Auslagerung und Bilanzbereinigung bei Leistungsanwärtern	257
1.	Kombination von Pensionsfonds und Unterstützungskasse	257
2.	Der praktische Fall	259
2.1	Welche Folgen ergeben sich bei einer kombinierten Auslagerung im Betriebsvermögen der GmbH?	260
2.2	Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	262
3.	Zusammenfassung	262

X.	Übertragung auf eine pauschal dotierte Unterstützungskasse – Intelligente Lösung für Spezialfälle	264
1.	Wesen einer pauschal dotierten (polsterfinanzierten) Unterstützungskasse	264
1.1	Darlehensgewährung an das Trägerunternehmen	264
1.2	Zulässige Vermögensbereiche der pauschal dotierten Unterstützungskasse	265
1.2.1	Reservepolster für Leistungsanwärter	265
1.2.2	Deckungskapital für Leistungsempfänger	265
2.	Steuerlich abzugsfähige Zuwendungen	266
2.1	Zuwendungen für Leistungsanwärter	266
2.2	Zuwendungen für Leistungsempfänger	267
2.3	Kassenvermögen der Unterstützungskasse	268
2.3.1	Zulässiges Kassenvermögen	268
2.3.2	Tatsächliches Kassenvermögen	268
3.	Besteuerung der Unterstützungskasse	269
3.1	Soziale Einrichtung	269
3.2	Begrenzung des zulässigen Kassenvermögens (partielle Steuerpflicht)	270
4.	Markt der pauschal dotierten Unterstützungskassen	271
5.	Geschäftsführerversorgung über eine pauschal dotierte Unterstützungskasse	272
5.1	Finanzierung für Leistungsanwärter	272
5.1.1	Wirkung des Finanzierungsverfahrens	272
5.1.2	Ergebnis	273
5.2	Finanzierung für Leistungsempfänger	275
5.2.1	Wirkung des Finanzierungsverfahrens	275
5.2.2	Ergebnis	275
6.	Auslagerungsmöglichkeiten auf eine pauschal dotierte Unterstützungskasse	276
6.1	Leistungsanwärter	276
6.2	Leistungsempfänger	277
6.3	Darlehensgewährung an das Trägerunternehmen	279
6.3.1	Innenfinanzierung mittels Darlehensgewährung	279
6.3.2	Risiken einer Darlehensgewährung	282
6.3.3	Bilanzielle Wirkung einer Darlehensgewährung	283
7.	Der praktische Fall	283
7.1	Welche Folgen ergeben sich bei einer Auslagerung auf eine pauschal dotierte Unterstützungskasse im Betriebsvermögen der GmbH?	284

7.1.1	Vollständige Auslagerung	284
7.1.2	Teilweise Auslagerung	286
7.2	Welche Folgen ergeben sich im Hinblick auf die Besteuerung beim Geschäftsführer?	288
8.	Gestaltungshinweise zur Auslagerung von laufenden Leistungen	288
8.1	Unterstützungskasse als „eigener Pensionsfonds“	288
8.2	Steuerpflichtige pauschal dotierte Unterstützungskasse	289
8.3	Beseitigung der Steuerpflicht	290
8.4	Familieninterne Nachfolgeregelung	291
9.	Zusammenfassung	291
XI.	Entpflichtung der GmbH durch Übertragung auf einen anderen/neuen Rechtsträger	292
1.	Übertragung auf einen neuen Arbeitgeber	292
1.1	Übertragung nach dem BetrAVG	292
1.2	Steuerrechtliche Behandlung der Übertragung	293
1.2.1	Schuldbefreiende Übertragung gem. § 4 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG	293
1.2.2	Übertragung des Vermögenswertes gem. § 4 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG	294
1.2.3	Übertragung auf einen neuen Arbeitgeber	295
1.2.4	Üblichkeit einer Übertragung bei Gesellschafter-Geschäftsführern	296
1.2.4.1	Fortführung der Pensionszusage bei Übertragung der Rückdeckungsversicherung	296
1.2.4.2	Übertragung der erdienten Anwartschaften unter Mitgabe eines Übertragungswerts	298
2.	Gründung einer neuen Pensionsmanagementgesellschaft	298
2.1	Übertragung nach dem BetrAVG	299
2.2	Steuerrechtliche Behandlung der Übertragung beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer	300
2.2.1	Urteil des FG Rheinland-Pfalz v. 25. 9. 2001	301
2.2.2	Urteil des BFH vom 12. 4. 2007	303
3.	Übertragung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge mittels Spaltung	305
3.1	Wesen der Spaltung	305
3.2	Formen der Spaltung	306
3.3	Übertragung im Wege der Abspaltung	306
3.4	Finanzielle Ausstattung des abgespaltenen Rechtsträgers und Gläubigerschutz	308
3.5	Steuerrechtliche Behandlung der Abspaltung	309
3.5.1	Steuerneutrale Spaltung	309

3.5.2	Steuerrechtliche Behandlung der Abspaltung bei Nichterfüllung der Teilbetriebsdefinition	310
3.6	Problembereiche der Abspaltung	311
4.	Asset Deal	312
4.1	Wesen des Asset Deals	312
4.1.1	Interner Asset Deal	313
4.2	Steuerrechtliche Behandlung des Asset Deals	314
4.3	Finanzielle Ausstattung der verbleibenden Pensionsmanagementgesellschaft	314
4.3.1	Handlungsalternativen bei einer erheblichen Unterfinanzierung	316
5.	Zusammenfassung	318
XII.	Abfindung der Pensionszusage – Übertragung ins Privatvermögen	319
1.	Wesen, Motive und Folgen einer Abfindung	319
2.	Arbeitsrechtliche Zulässigkeit einer Abfindung	322
3.	Verstoß gegen das Abfindungsverbot	322
4.	Anforderungen der Finanzverwaltung an Abfindungsklauseln	323
4.1	Gleichwertigkeit der Abfindung und der ursprünglichen Pensionszusage	326
4.1.1	Abfindung zum Teilwert	326
4.1.2	Abfindung des vollen unquotierten Anspruchs	326
4.1.3	Abfindung laufender Leistungen und unverfallbarer Anwartschaften	327
4.2	Schriftliche Festlegung des Verfahrens zur Ermittlung der Abfindungshöhe (Tz. 3)	328
4.3	Beurteilung	328
5.	Rechtsfolgen einer betrieblich veranlassten Abfindungszahlung	329
5.1	Betriebliche Veranlassung von Abfindungszahlungen	329
5.2	Auswirkungen beim Gesellschafter-Geschäftsführer	332
5.2.1	Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	332
5.2.2	Vergütung für eine mehrjährige Tätigkeit	332
5.3	Auswirkungen bei der GmbH	333
5.3.1	Gewinnerhöhende Auflösung der Rückstellung	333
5.3.2	Aufwand durch die Abfindungszahlung	333
6.	Verdeckte Einlage oder verdeckte Gewinnausschüttung der Höhe nach bei einer betrieblich veranlassten Abfindungszahlung	334
6.1	Verdeckte Einlage oder verdeckte Gewinnausschüttung der Höhe nach	334
6.1.1	Abfindung zu niedrig: Teilverzicht	335
6.1.1.1	Abfindung gegen Übertragung der Rückdeckungsversicherung	335
6.1.2	Abfindung zu hoch: vGA	336

6.2	Ermittlung der Abfindungshöhe	337
7.	Rechtsfolgen einer gesellschaftlich veranlassten Abfindungszahlung	340
7.1	Auswirkungen beim Gesellschafter-Geschäftsführer	340
7.1.1	Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	341
7.1.2	Einkünfte aus Kapitalvermögen	341
7.1.3	Nachträgliche Anschaffungskosten	341
7.2	Auswirkungen bei der GmbH	342
7.2.1	Gewinnerhöhende Auflösung der Rückstellung	342
7.2.2	Steuerlicher Aufwand durch verdeckte Einlage	342
7.2.3	Nichtabzugsfähigkeit der Abfindungszahlung	342
8.	Verdeckte Einlage und verdeckte Gewinnausschüttung dem Grunde nach bei einer gesellschaftlich veranlassten Abfindungszahlung	343
8.1	Das BFH-Urteil vom 14. 3. 2006	343
8.1.1	Die Vorinstanz	343
8.1.2	Die BFH-Entscheidung im Einzelnen	344
8.2	Zeitpunkt des Abschlusses der Abfindungsvereinbarung	346
8.3	Abfindung in der Anwartschaftsphase	348
8.3.1	Abfindung bei vorzeitigem Ausscheiden	348
8.3.2	Abfindung bei Fortsetzung des Dienstverhältnisses	349
9.	Der praktische Fall	350
9.1	Welche Folgen ergeben sich bei einer betrieblich veranlassten Abfindung der Pensionszusage?	350
9.1.1	Abfindung in Höhe der Ablaufleistung der Rückdeckungsversicherung	350
9.1.2	Abfindung zum steuerrechtlichen Barwert	351
9.1.3	Abfindung zum handelsrechtlichen Barwert	351
9.2	Welche Folgen ergeben sich bei einer gesellschaftlich veranlassten Abfindung der Pensionszusage?	352
9.2.1	Abfindung in Höhe der Ablaufleistung der Rückdeckungsversicherung	353
9.2.2	Abfindung zum steuerrechtlichen Barwert	354
9.2.3	Abfindung zum handelsrechtlichen Barwert	356
9.3	Gestaltungshinweise	357
10.	Zusammenfassung	358
XIII.	Übertragung im Falle der Liquidation – Betriebsaufgabe ohne Nachfolger	359
1.	Sonderregelung des § 4 Abs. 4 BetrAVG	359
2.	Rechtsfolgen der Übertragung	360
2.1	Auswirkungen beim Geschäftsführer	360
2.1.1	Übertragungswert	360

2.1.2	Spätere Rentenleistungen	361
2.2	Auswirkungen bei der Gesellschaft	361
3.	Ermittlung des Übertragungswertes	361
4.	Liquidation und Teilverzicht	362
5.	Der praktische Fall	364
6.	Zusammenfassung	365
XIV.	Die Neuregelungen des BilMoG zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen und deren Auswirkungen auf die Geschäftsführer-Versorgung	367
1.	Darstellung der Neuregelungen zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen im Überblick	367
2.	Bilanzierung dem Grunde nach	368
3.	Bilanzierung der Höhe nach	370
3.1	Formen der unmittelbaren Altersversorgungsverpflichtungen	372
3.2	Bewertung zum Erfüllungsbetrag	373
3.2.1	Erfüllungsbetrag bei wertpapiergebundenen Altersversorgungsverpflichtungen	375
3.2.2	Erfüllungsbetrag bei kongruent rückgedeckten Altersversorgungsverpflichtungen	376
3.3	Abzinsung der Versorgungsverpflichtung	377
4.	Ausweis der Nettoverpflichtung	379
4.1	Verrechnung von Verpflichtung und Vermögen	379
4.2	Bewertung des „Planvermögens“	381
5.	Auswirkungen auf die Darstellung der Ertragslage	382
6.	Erweiterte Verpflichtung zum Ausweis im Anhang	383
7.	Latente Steuern	384
8.	Übergangsvorschriften	385
9.	Auswirkungen auf die Steuerbilanz	387
9.1	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	388
10.	Auswirkungen auf die Geschäftsführer-Versorgung	389
10.1	Erhöhung der Pensionsrückstellungen	390
10.1.1	Vergleich der Bewertungsverfahren anhand einer statischen Festbetragsrente	390
10.1.2	Darstellung der Rückstellungsveränderung durch die Reduzierung des Rechnungszinses (Festbetragsrente)	392
10.1.3	Darstellung der Rückstellungsveränderung durch eine Rentendynamisierung (teildynamische Zusage)	393

10.1.4	Darstellung der Rückstellungsveränderung am Bilanzstichtag (teildynamische Zusage)	394
10.1.5	Darstellung der Rückstellungsentwicklung einer volldynamischen Zusage (gehaltsabhängig)	395
10.1.6	Darstellung der Rückstellungsveränderung am Bilanzstichtag (gehaltsabhängig)	397
10.2	Volatile Bewertung des Planvermögens	398
10.3	Erhebliche Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote	399
10.3.1	Handelsbilanz bei einer statischen Festbetragszusage	400
10.3.2	Handelsbilanz bei einer Festbetragszusage mit Renten Anpassungsklausel	403
10.4	Latentes Überschuldungsrisiko	404
10.4.1	Handelsbilanz bei einer volldynamischen Zusage (gehaltsabhängig)	405
11.	Zusammenfassung und Handlungsalternativen	407
11.1	Handlungsalternativen	407
XV.	Zeitgemäße Gestaltung einer Geschäftsführer-Versorgung	410
1.	Sachverhalt	410
2.	Einrichtung eines zweistufigen Versorgungssystems	411
2.1	Stufe 1: Ersetzende Versorgung	412
2.1.1	Mögliche Versorgungsleistungen aus der Stufe 1	412
2.2	Stufe 2: Ergänzende Versorgung	414
2.2.1	Mögliche Versorgungsleistungen aus der Stufe 2	414
2.3	Mögliche Versorgungsleistungen aus beiden Stufen	415
3.	Fragestellungen	416
3.1	Wer trägt das Langlebigkeits- und das Kapitalanlagerisiko?	416
3.2	Wie sind die beiden Stufen bilanziell und steuerlich zu behandeln?	417
3.2.1	Bilanzneutrale Gestaltung in der Stufe 1	417
3.2.2	Bilanzkonforme Gestaltung in der Stufe 2	417
3.2.3	Steuerliche Behandlung beim Geschäftsführer	418
3.3	Könnten zur Finanzierung der Versorgungsleistungen auch andere Formen der Kapitalanlage eingesetzt werden?	418
3.3.1	Kapitalanlage in der Stufe 1	419
3.3.2	Kapitalanlage in der Stufe 2	419
3.4	Was passiert mit dem Versorgungskapital im Falle eines vorzeitigen Ablebens?	420
3.5	Wie werden die Versorgungsleistungen vor einer evtl. Insolvenz geschützt?	420
3.6	Was passiert, wenn die GmbH in eine wirtschaftliche Krise verfällt?	421

3.7	Was passiert mit der Versorgung, wenn die GmbH vorzeitig verkauft werden sollte?	422
4.	Zusammenfassung	423
XVI.	Praktische Fälle	424
1.	Erster praktischer Fall	424
2.	Zweiter praktischer Fall	426
3.	Dritter praktischer Fall	427
XVII.	Anhang – Gesetzestexte, Richtlinien und Verwaltungsanweisungen	430
1.	Auszug aus dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz – BetrAVG)	430
2.	Auszug aus dem Einkommensteuergesetz (EStG), den Einkommensteuer-Richtlinien (EStR) sowie den Einkommensteuer-Hinweisen (EStH)	448
2.1	Einkommensteuergesetz, Fassung für den VZ 2009	448
2.2	Einkommensteuer-Richtlinien 2008	465
2.3	Einkommensteuer-Hinweise 2008	482
3.	Auszug aus dem Körperschaftsteuergesetz (KStG), den Körperschaftsteuer-Richtlinien (KStR), den Körperschaftsteuer-Hinweisen (KStH) sowie der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung (KStDV)	496
3.1	Körperschaftsteuergesetz, Fassung für VZ 2009	496
3.2	Körperschaftsteuer-Richtlinien 2004	501
3.3	Körperschaftsteuer-Hinweise 2008	506
3.4	Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung, Fassung für VZ 2009	527
4.	Auszug aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB)	530
5.	Auszug aus dem Handelsgesetzbuch (HGB)	532
5.1	Auszug aus dem Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB)	560
6.	Auszug aus dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)	565
7.	Auszug aus dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	573
8.	Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (RückAbzinsV)	574
9.	Wichtige Schreiben der Finanzverwaltung	578
	Stichwortverzeichnis	635